



InteressenGemeinschaft Energieintensive Branchen

IGEB

Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen

Jahresbericht 2021

Carla Hirschburger-Schuler
Claudia Walker
Frank R. Ruepp

Geschäftsführerin
Marketing und Assistenz
Präsident

carla.hirschburger@louma.ch
claudia.walker@louma.ch
frank.ruepp@energieintensive.ch



Das Jahr 2021 stand weiter unter dem Einfluss der Covid-Pandemie. Die IGEB konnte ihre Plenarversammlungen durchführen, teils fanden diese jedoch virtuell statt. Es war ein intensives Jahr mit vielen Vernehmlassungen in energie- und umweltpolitischen Themen. Dabei kann die IGEB auf eine starke Gemeinschaft zurückgreifen. Dank dieser Gemeinschaft finden sie zusammen bei Politik und Verwaltung für die Kernanliegen der energieintensiven Firmen Gehör.

Mitglieder

Die IGEB durfte im Jahr 2021 die Firma Stahl Gerlafingen als neues Mitglied begrüßen. Es ist sehr erfreulich, konnte Stahl Gerlafingen nach einigen Jahren Absenz wieder als Mitglied gewonnen werden. Stahl Gerlafingen ist sehr aktiv in energie- und umweltpolitischen Themen und unterstützt die IGEB tatkräftig. Per Ende 2021 trat die ECG Energie Consulting GmbH aus der IGEB aus. Die IGEB darf auf eine breit abgestützte Mitgliedschaft zählen. Der IGEB gehören die Branchenverbände der Papier-, Glas-, Giesserei- und Ziegelindustrie an. Ausserdem sind energieintensive Einzelunternehmungen der Zement-, Stahl-, Metall-, Span- und Faserplatten-, Chemie-, Gas-, Schaumglasschotter und der Nahrungsmittelindustrie bei der IGEB organisiert. Der IGEB sind Unternehmen mit gemeinsam mehr als 7'500 Mitarbeitenden (ausgenommen die Ziegelindustrie) angeschlossen. Die IGEB-Mitglieder repräsentieren rund 5 Prozent des Strom- und 5.4 Prozent des Erdgasverbrauchs der Schweiz und verglichen mit der Schweizer Industrie rund 16.4 Prozent des Strom- und 15.8 Prozent des Gasverbrauchs.

Die Mitglieder trafen sich viermal im Jahr 2021 zu den Plenarversammlungen und zur Generalversammlung. Wegen der Covid-Restriktionen fanden drei der vier Zusammenkünfte virtuell statt. Sämtliche Plenarversammlungen waren gut besucht. Ein wichtiges Thema waren der zusätzliche Netzzuschlag für die Winterreserve von 0.2 Rp./kWh und die Netzkosten im Allgemeinen. Weiter wurden die aktuellen Vernehmlassungen besprochen und an jeder Sitzung gab es ein Update zur Strom- und zur CO2-Politik.

Im September fand die Plenarversammlung bei der Misapor in Dagmersellen statt. Die Mitglieder durften sich endlich wieder einmal persönlich treffen und im Anschluss an die Sitzung fand ein interessanter Rundgang durch die Firma statt.



Zusammenarbeiten

Die IGEB war 2021 in der Energie- und Klimapolitik eine geachtete Sparringpartnerin von Politik und Bundesbehörden. Neben den Bundesbehörden arbeitet die IGEB eng mit den nachfolgenden Organisationen zusammen.

EnAW, Energie-Agentur der Wirtschaft – www.enaw.ch

Bei der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) war die IGEB Gründungsmitglied und Frank Ruepp, Präsident der IGEB, engagiert sich ebenfalls in deren Vorstand. Der Bund hat einzelne Aufgaben (Los Nr. 1 Verwaltungspool, Los Nr. 2 IT-Dienste), die bis anhin die Firmen EnAW und Act ausgeführt haben, ausgeschrieben und wollte diese anderen Firmen übertragen. Die EnAW hat bezüglich dieser Ausschreibung Beschwerde eingereicht und die Vergabestelle des Bundes BBL, hat daraufhin den Zuschlag der IT Lösung widerrufen. In Sachen Einsprachen der EnAW betreffend Los 1 (Verwaltungspool) hat das Bundesverwaltungsgericht noch keinen Entscheid gefällt.

Economiesuisse – www.economiesuisse.ch

Carla Hirschburger und Frank Ruepp, Geschäftsführerin und Präsident der IGEB, besuchen regelmässig die Energie- und Umweltsitzungen der economiesuisse. Der Austausch wird von beiden Seiten sehr geschätzt. Bei vielen Energie- und Umweltthemen sind die Meinungen kongruent und teils werden gemeinsam Anpassungen von Gesetzen und Verordnungen auf Bundesebene angestrebt. Dieses Jahr engagierten sich beide Organisationen beim Mantelerlass und dem Netzzuschlag sowie dem CO2-Gesetz.

SPKF - Verband Schweizerischer Papier-, Karton- und Folienhersteller – www.spkf.ch

Der SPKF ist als Verband ein wichtiges Mitglied bei der IGEB. Viele Firmen der Papierindustrie nehmen aktiv an den Plenarversammlungen der IGEB teil. Carla Hirschburger agiert ebenfalls beim SPKF als Geschäftsführerin. Zudem wirkt Roberto Todaro als aktives IGEB-Mitglied beim Vorstand des SPKF mit. Sven Erne, Vorstandsmitglied bei der IGEB, nimmt ebenfalls gelegentlich bei den Vorstandssitzungen des SPKF teil. Ein gegenseitiger Austausch dieser zwei Verbände ist damit auf diversen Stufen und zu verschiedenen Themen gewährleistet und wird sehr geschätzt.

GGG Gruppe Grosser Stromkunden – www.stromkunden.ch

Die GGS engagiert sich für eine sichere Elektrizitätsversorgung und einen wettbewerbsorientierten Strommarkt. Walter Müller von der GGS informiert an den Plenarversammlungen der IGEB über die aktuelle Strompolitik. Walter Müller ist mit seiner Firma zudem Sondermitglied bei der IGEB.

IG Erdgas und Gasverband (VSG) – www.igerdgas.ch / www.gazenergie.ch

Diese Verbände sind Vertragspartner der Industrie bei der Verbändevereinbarung und besprechen untereinander diverse Themen des Gasmarktes.

Europapolitik Stark+vernetzt – www.europapolitik.ch

Die IGEB setzt sich für ein starkes Europa ein. Neu ist die IGEB Partner von stark+vernetzt – der Bewegung für eine konstruktive Europapolitik. Eine solide Partnerschaft mit Europa ist für internationale Firmen enorm wichtig und energieintensive Firmen brauchen ein geregeltes Stromabkommen mit der EU.

Energieintensive Industrien in Deutschland (EID) – www.energieintensive.de

Die EID (Energieintensiven Industrien in Deutschland) ist eine Interessengemeinschaft in Deutschland und betreut die gleichen Branchen wie die IGEB in energie- und umweltpolitischen Aspekten. Die IGEB und die EID werden in Zukunft sporadisch zusammenarbeiten und einander bei industrie-relevanten Themen unterstützen.

Vernehmlassungen

Sehr viele Vernehmlassungen über Energie- und Klimathemen wurden im 2021 lanciert. Die IGEB-Geschäftsstelle hat acht Stellungnahmen zu Vernehmlassungen eingereicht. Sie hat diese in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern erarbeitet.

«Nachhaltige Entwicklung 2030»

Mit der Strategie «Nachhaltige Entwicklung 2030» zeigte der Bundesrat auf, wie er die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung in den nächsten 10 Jahren umsetzen will. Er legte Ziele bis 2030 fest, sowie die strategischen Stossrichtungen für die Bundespolitik in den drei Schwerpunktthemen «nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion», «Klima, Energie, Biodiversität» und «Chancengleichheit». Ebenfalls waren die Themen CO₂-Reduktion und Energieeffizienz enthalten. Am 20. Januar 2021 reichte die IGEB beim Bundesamt für Raumentwicklung und bei economiesuisse eine Vernehmlassungsantwort ein. Die IGEB befürwortete den Entwurf der Strategie «eher nicht». Der Fokus war zu fest auf die aktive Einflussnahme des Bundes und zu wenig auf die begleitenden Massnahmen gelegt. Eigenverantwortung seitens der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft sollten auch in Zukunft wichtig sein. Die IGEB fand die drei Schwerpunkte eher richtig gesetzt.

Mantelerlass «Bundesgesetz über eine Stromversorgung mit erneuerbaren Energien»

Der Bundesrat will eine neue, zusätzliche Abgabe auf Strom einführen. Es soll mittels StromVG der Ausbau von im Winter sicher abrufbarer, klimaneutraler Energie im Umfang von 2 TWh finanziell unterstützt werden. Finanziert werden soll dies durch einen Netzzuschlag von maximal 0,2 Rp/kWh. Rückerstattungen dieses Zuschlags an energieintensive Unternehmen soll es nicht geben. Die Schweizer Produktionsstandorte sind bezüglich der Strompreise aktuell schon gegenüber den ausländischen Standorten stark benachteiligt. Dies obwohl die KEV zurückgefordert werden kann. Sollten nun zusätzliche Abgaben dazu kommen, wird der Schweizer Werkplatz zusätzlich belastet und weiter benachteiligt. Ein Stellenabbau, Produktionsverlagerungen und Investitionen im Ausland wären voraussichtlich die Folgen. Betroffen wären nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Arbeitnehmenden, deren Familien, die Zulieferer und nicht zuletzt, durch künftige Steuerausfälle, auch die Gemeinden und Kantone. Auf Grund dieser Situation fordert die IGEB, dass sich die Energieintensiven Unternehmen von dieser Abgabe analog zur KEV befreien können. Die IGEB reichte ihre Stellungnahme zum geplanten Mantelerlass bzw. zum Faktenblatt «Bundesgesetz über eine Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» am 9. März 2021 ein.

ProKilowatt

Das BFE führte für die Bedingungen zur Ausschreibung 2022 eine öffentliche Konsultation durch und lud die IGEB ein, zu den neuen Bedingungen 2022 Stellung zu nehmen. Als wichtige Änderung gibt es für die Projekteingabe 2022 keine fixen Eingabetermine mehr (bis anhin gab es drei Eingabetermine pro Jahr). Die Abläufe bei der Projektförderung wurden auf ein kontinuierliches Eingabe- und Zuschlagsentscheid-Verfahren umgestellt, dadurch verkürzt sich die Wartezeit zwischen Antragstellung und Zuschlagsentscheid. Für diese Vernehmlassung reichte die IGEB am 30. März 2021 ihre Stellungnahme ein und akzeptierte die vorgeschlagenen Bedingungen vollumfänglich.

Kanton Jura «Avana-project de loi cantonale sur l'approvisionnement en electricité»

Die IGEB reichte am 23. April 2021 eine Vernehmlassung beim Kanton Jura ein und füllte einen Fragebogen zum kantonalen Gesetz betreffend Elektrizitätslieferung aus. Der Kanton Jura führte diese Parlamentarische Initiative durch, um die Eigentumsverhältnisse der Netzbetreiber zu überprüfen.

Planungsbericht Klima und Energie Kt. Luzern

Zum Planungsbericht Klima und Energie Kt. Luzern reichte die IGEB am 5. Mai 2021 eine Stellungnahme ein. Die IGEB unterstützte grundsätzlich den Planungsbericht lehnte jedoch die folgenden Punkte ab: Energieintensive Betriebe sollten von der Verpflichtung zum Aufbau von Eigenproduktion von Energie ausgeschlossen werden. Es ist ineffizient, wenn jeder Betrieb ein eigenes «Kleinkraftwerk» baut. Dies ist auch für alle mit höheren Kosten verbunden und führt zur Senkung der (internationalen) Wettbewerbsfähigkeit. Weiter sollten Firmen, die bereits an einem CO₂-Senkungsprogramm teilnehmen (z.B. mit der EnAW), von jeglichen weiteren Massnahmen bezüglich CO₂-Reduktion ausgeschlossen werden. Darüber hinaus sollen keine weiteren CO₂-Abgaben/Steuern erhoben werden.

Verordnungspaket Umwelt Frühling 2022

Das Verordnungspaket Umwelt Frühling 2022 beinhaltet verschiedene Verordnungen. Die IGEB hatte primär zur Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (VVEA) Stellung genommen und ist mit einigen Punkten nicht einverstanden, da diese klare Fehlanreize bewirken. Für eine erfolgreiche Kreislaufwirtschaft müssen Abfälle in erster Linie vermieden oder stofflich bzw. stofflich-thermisch verwertet werden. Wird die Deponierung/Abfallverbrennung einer Kehrrichtverbrennungsanlage durch Grenzwerterhöhungen attraktiver, ist dies nicht im Sinne der Kreislaufwirtschaft. Eine Erleichterung ist zu vermeiden. Ebenfalls ist es nicht gut, wenn der Kehrrichtverbrennungsanlage die Möglichkeit gegeben wird, die Kapazitäten zu erweitern. Am besten ist es, die CO₂-Emissionen zu reduzieren, indem man mehr recycelt oder Wertstoffe anderweitig verwertet. Die IGEB reichte am 17. Juni 2021 Stellungnahme ein.

CO₂-Verordnung

Für die IGEB waren nach der Ablehnung des CO₂-Gesetzes nur noch ganz bestimmte Elemente aus der Verordnung relevant. Diese betreffen die Fortführung der bisherigen Anerkennung der Klimagasreduktionsanstrengungen der Industrie und die Anbindung an das EHS der EU bzw. dem «Opting-Out». Die IGEB nahm am 13. Juli 2021 dazu Stellung.

Anlagenbetreiber, die mit ihrem Ausstoss während drei Jahren unter 25'000t CO₂eq fallen, können auf Antrag aus dem EHS austreten. Wenn sie weiterhin von der Abgabe befreit bleiben wollen, sollen sie sich zu einer «gleichwertigen Verminderung» verpflichten. Aufgrund der Koppelung zwischen dem Emissionshandelssystemen der EU und demjenigen der Schweiz führt dies zu einer Verknappung und Verteuerung von Schweizer Emissionsrechten, weil ein entsprechender Bedarf nie alloziert wurde. Statt mit «gleichwertigen Verminderung» ein weiteres Modell einzuführen, sollen wahlweise die drei bestehenden Modelle genutzt werden können (THG-Effizienzziel, Massnahmenziel, Standardziel). Das ist durchaus auch im Sinne einer effizienten Umsetzung der CO₂-Reduktionsverpflichtungen.

Eine Frist von 5 Jahren, bis eine provisorische Verminderungsverpflichtung definitiv verfügt wird, ist zu lang. Zielanpassungen nach einer solch langen Zeitspanne können erhebliche kostenrelevante Abweichungen zur Folge haben.

Verordnungsänderungen im Bereich des BFE

Die Ordnungsrevisionen im Bereich des BFE treten ab 1. Januar 2022 in Kraft. Die IGEB hat am 12. August 2021 ihre Stellungnahme eingereicht. Sie möchte Art. 39 Abs. 1 bis rev. EnV streichen: «Die Zielvereinbarung umfasst alle Massnahmen, die über die gesamte Nutzungsdauer wirtschaftlich sind». Es ist unklar, wie «wirtschaftlich» definiert wird und es stellt eine Verschärfung dar. Die bisherige Handhabung der Wirtschaftlichkeit muss beibehalten werden. Die Nutzungsdauer ist auch nicht von vornherein bekannt. Zudem möchte die IGEB die Erhöhung der Energieeffizienz gemäss Art. 39 Abs. 3 EnV anpassen. Die Schritte für die Effizienzsteigerung sollen nicht nur linear (wie vorgeschlagen) sondern auch stufenweise im Zielpfad erfolgen und die Berichterstattung soll Ende Mai stattfinden und nicht Ende April. Der frühere Abgabetermin ist nicht umsetzbar.

Energiapolitik 2021

Strompolitik

Wie bereits unter Vernehmlassungen informiert, will der Bundesrat zum Mantelerlass **«Bundesgesetz über eine Stromversorgung mit erneuerbaren Energien»** eine neue, zusätzliche Abgabe auf Strom einführen. Dies dient dem Ausbau Versorgungssicherheit im Winter mit klimaneutraler Energie und wird durch einen Netzzuschlag von maximal 0,2 Rp/kWh finanziert. Die IGEB bekämpft diesen Zuschlag, da keine Rückerstattungen an energieintensive Unternehmen vorgesehen sind. Dazu hat die IGEB alle Hebel in Bewegung gesetzt. Die IGEB war eine der ersten Interessenverbände, die ein Schreiben an das BFE, das UVEK und an Bundesrätin Sommaruga gesendet hat. In einem Kosten-Benchmark zeigte die IGEB auf, wie die Schweizer Firmen gegenüber dem Ausland stehen und wie diese bereits heute benachteiligt sind. Daraufhin fand ein Gespräch mit dem UVEK und dem BFE statt, welches leider zu keinen Zugeständnissen führte. Die IGEB hat des Weiteren ein ausführliches Positionspapier allen Mitgliedern der UREK-S gesendet. Das Geschäft wird zuerst im Ständerat und später im Nationalrat besprochen.

Neben dem geplanten Netzzuschlag von 0,2 Rp/kWh führen die höheren Energiepreise und Netzkosten zu höheren **Gesamtstromkosten**. Die Netzkosten können von jedem Anbieter selber festgelegt und individuell erhöht werden. Sie variieren je nach Kanton und Anbieter. Eine Erhöhung der Stromkosten sind für energieintensive Firmen von grosser Bedeutung.

Im August fand ein Treffen mit dem BFE und der IGEB betreffend einer möglichen **«Speicherreserve»** statt. Das BFE fragte dabei an, wie die energieintensiven Firmen einen Beitrag zur Speicherreserve leisten können. Hierzu haben alle IGEB-Mitgliedfirmen einen Fragebogen ausgefüllt. Die Firmen sind bereit, ihren Beitrag bei Stromknappheit zu leisten. So sehen einzelne Firmen die Möglichkeit, ihr Werk für mehrere Stunden oder 1 bis 2 Tage im Monat abzuschalten. Sie brauchen jedoch eine Vorlaufzeit von einigen Stunden, um diese Massnahme einleiten zu können. Die Kosten, welche durch Produktionsstillstände entstehen, sind riesig. Einzelne Branchen und Firmen können ihre Produktion nicht runterfahren, da das Abschalten des Werks mehrere Tage und das Aufstarten sogar bis zu zwei Wochen dauert. Die Öfen sind teils bis zu 1500 °C Grad heiss und diese sind, je nach Firma, 24h/7 Tage in Betrieb.

Klimapolitik

Nach dem Nein zur Totalrevision des **CO₂-Gesetzes** vom 13. Juni 2021 läuft das geltende Gesetz zwar weiter, allerdings würden bereits 2022 das Reduktionsziel und wichtige Massnahmen wegfallen. Die UREK-N hat eine Kommissionsinitiative (21.477) beschlossen, um das befristete Reduktionsziel des geltenden CO₂-Gesetzes bis Ende 2024 fortzuschreiben. Firmen bestimmter Branchen könnten sich nicht länger von der CO₂-Abgabe befreien lassen, indem sie sich dazu verpflichten, ihren CO₂-Ausstoss zu senken. Aus Sicht der Kommission und der IGEB wäre es ein grosser Nachteil für die Schweizer Industrie, wenn diese bewährten, individuellen Reduktionsverpflichtungen nicht mehr möglich wären.



Weitere Arbeiten

IGEB-Website und LinkedIn-Profil

Die Geschäftsstelle aktualisiert laufend die IGEB-Website und das LinkedIn-Profil mit aktuellen Informationen über die IGEB-Kernthemen sowie mit Neuigkeiten der Mitglieder. Zudem konnte die Geschäftsstelle die Rechte an www.igeb.ch kaufen und löste damit die bestehende URL www.energieintensive.ch ab.

Presseanfragen

Die Geschäftsstelle und der Präsident beantworten regelmässig Anfragen der Presse. So kann die IGEB ihre Standpunkte in den Medien mitteilen und erhält durch die Erwähnung kostenlose PR.

Neue Partnerschaften

Die IGEB konnte dieses Jahr zwei neue Partnerschaften aufbauen: Sie unterstützt die Vereinigung stark+vernetzt, welche für ein starkes Europa eintreten. Des Weiteren ist die IGEB neu mit ihrem Pendant in Deutschland vernetzt, der EID Energieintensiven Industrien in Deutschland. Weitere Informationen zu den zwei Vereinigungen finden Sie auf Seite 3 unter Zusammenarbeiten.

Umfrage

Die Geschäftsstelle hat für das BFE eine Umfrage unter den Mitgliedern zur **Speicherreserve** durchgeführt. Die IGEB-Mitgliedfirmen sind bereit, ihren Beitrag bei Stromknappheit zu leisten. Mehr dazu finden Sie auf Seite 6 unter Strompolitik.

Neue Marketingmassnahmen

Die IGEB möchte im Jahr 2022 neue Marketingmassnahmen einführen. Eine **IGEB-Tagung** ist in Planung, bei welcher verschiedene Referenten zu Themen rund um die Energie und dem Klima sprechen werden. Dieser Netzwerkanlass ist für Mitglieder wie auch potentielle Neumitglieder sowie Behörden und Institutionen zugänglich. Weiter werden in einem **Imagefilm** die Aufgaben und Standpunkte der IGEB dargestellt. Es wird aufgezeigt, wie die IGEB ihre Mitgliedfirmen unterstützt, u.a. indem sie sich für tragbare Energiepreise in der Schweiz und wettbewerbsfähige Energiepreise im internationalen Vergleich einsetzt. Zudem werden **Positionspapiere** für wichtige Themen ausgearbeitet, welche für politisches Lobbying genutzt werden können.

Meetings

Es haben diverse Treffen mit den Bundesbehörden, Politikern und Organisationen stattgefunden. Nachfolgend sind die drei grössten Treffen erwähnt. Das BFE hat zu einer Sitzung zum Thema **Wasserstoff-Roadmap** geladen. Es folgen weitere Treffen, in welchen das Modell Wasserstoff für die Schweiz entwickelt wird, wie: Transport, Lagerung, Anbindung an den internationalen Markt. Zudem fand ein Treffen mit dem BFE und der IGEB betreffend einer möglichen «**Speicherreserve**» statt und wie die energieintensiven Firmen einen Beitrag dazu leisten können. Des Weiteren hatte Bundesrätin **Simonetta Sommaruga** zu einem Arbeitstreffen zu energiepolitischen Themen und insbesondere zur Versorgungssicherheit im Winter geladen.

Agenda

Die Agenda mit interessanten Veranstaltungen für die IGEB-Mitglieder wird auf der Website laufend nachgeführt. Viele Veranstaltungen wurden wegen Corona abgesagt oder auf das nächste Jahr verschoben.

Firmenbesuche

Die IGEB-Versammlungen werden teils in der Geschäftsstelle und teils bei den Mitgliedern durchgeführt. Falls die Sitzung bei einem Mitglied stattfindet, wird im Anschluss an die Sitzung eine Firmenbesichtigung durchgeführt.

Aktivitäten/Ereignisse im 2021

Monat	Betrifft
Januar	<ul style="list-style-type: none"> • Austausch swissmem/GGS/IGEB neuer Netzzuschlag Mantelerlass
Februar	<ul style="list-style-type: none"> • Kommission/Arbeitsgruppe Energie und Umwelt, economiesuisse • Austausch mit economiesuisse bezüglich Netzzuschlag
März	<ul style="list-style-type: none"> • Vorstandssitzung, EnAW • Stellungnahme zum «Bundesgesetz über eine Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» • Stellungnahme zur Konsultation ProKilowatt • Arbeitsgruppensitzung economiesuisse • Stakeholdersitzung BFE WACC • Generalversammlung und Plenarversammlung der IGEB
April	<ul style="list-style-type: none"> • Eingabe zum « Avana-project de loi cantonale sur l'approvisionnement en electricité » • Podcast Nuklearforum
Mai	<ul style="list-style-type: none"> • Kommission Energie und Umwelt, economiesuisse • Vernehmlassung zum Bericht Klima und Energie im Kt. Luzern
Juni	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitssitzung Energie und Umwelt, economiesuisse • Vorstandssitzung und Generalversammlung EnAW • Vernehmlassung CO2-Verordnung Besprechung mit economiesuisse • Austausch zwischen den Vertretern der Grossverbraucher und ECom • Austausch UVEK/BFE/IGEB • IGEB-Plenarversammlung • Stellungnahme zur Revision Verordnung Umwelt Frühling • Stellungnahme zur Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 (SNE 2030) und einen Aktionsplan für die Jahre 2021-2023
Juli	<ul style="list-style-type: none"> • Vernehmlassung zur CO2-Verordnung
August	<ul style="list-style-type: none"> • Austausch EnAW bezüglich EnV • Austausch swissmem/scienceindustries/cemsuisse/swisstextiles zum Mantelerlass • Vernehmlassung zu Verordnungsänderungen im Bereich des BFE • Austausch Speicherreserve IGEB und BFE • Kommission Energie und Umwelt, economiesuisse • Teilnahme Energy COM, Rüschtikon
September	<ul style="list-style-type: none"> • Sitzung Energiepolitik economiesuisse • Treffen Wasserstoff-Roadmap mit dem BFE • IGEB-Plenarversammlung • Tag der Wirtschaft, economiesuisse
Oktober	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitstreffen mit BR Simonetta Sommaruga • Kommission Energie und Umwelt, economiesuisse • Gespräch Hr. Wieser, Leiter Kommunikation economiesuisse • Austausch zwischen den Vertretern der Grossverbraucher und ECom
November	<ul style="list-style-type: none"> • Gespräch Zusammenarbeit Energieintensive Industrien in Deutschland (EID) • Vorstandssitzung EnAW
Dezember	<ul style="list-style-type: none"> • IGEB-Plenarversammlung